

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Auer, Auerbach. Druck: A. Auer, Auerbach. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Geschäftsstelle: Auerbach. Telefon: 123.

Das Auer Tageblatt erscheint täglich, ausgenommen an Feiertagen und Sonntagen. Die Abonnenten erhalten das Blatt gratis zugestellt. Die Anzeigen werden nach dem Tarif abgerechnet.

Das Auer Tageblatt ist ein politisches Organ für das Erzgebirge. Es behandelt die Interessen der Bevölkerung und berichtet über die Ereignisse in der Region. Die Redaktion ist in Auerbach ansässig.

Nr. 149.

Mittwoch, den 29. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die gestrigen Beratungen des Reichstages über die Steuerfrage werden heute fortgesetzt werden. Reichskanzler Dr. Brüning beabsichtigt nicht, heute im Reichstagsrat über die Steuerpläne der Regierung zu sprechen.

In Oberschlesien haben die Polen jetzt tatsächlich begonnen, das von ihnen beanspruchte Gebiet zu räumen.

Wie jetzt aus Washington bestimmt gemeldet wird, haben sich die republikanischen Kongressmitglieder des Repräsentantenhauses und des Senates über ein Kompromiß betreffend der Resolutionen Worter und Knor geeinigt, wodurch der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich beendet wird.

Ein neues Wahlgesetz.

Von Dr. Hermann Paschke, Mitglied des Reichstages.

Zweimal ist nach der Revolution die deutsche Volksvertretung auf Grund eines vorläufigen Wahlgesetzes gewählt worden. Soll zum dritten Mal das Provisorium gelten, oder soll endlich ein definitiv Rechtstand geschaffen werden? Ueber diese Frage wird gegenwärtig unter den Regierungsparteien verhandelt. Von den meisten Parteien hat sich wohl die Ueberzeugung durchgesetzt, daß die großen Wahlkreise mit den langen Kandidatenlisten nicht das Richtige sind. Die Wahlkreise sollen kleiner und die Kandidatenlisten kürzer sein. Die Wahlkreise sollen auf die Städte und die kleinen Gemeinden, auf deren Wahl die Partei in erster Linie Wert legt, nicht möglich, auch nur alle Städte seines großen Wahlbezirks, geschweige denn das ganze Land aufzusuchen. Der Abgeordnete verliert die Fühlung mit einem großen Teil der Wählerschaft und die Kleinorganisation geht dabei zugrunde. Ein weiterer Schaden, unter dem alle Parteien gelitten haben, liegt darin, daß Interessensvertretungen einen Platz, und zwar einen möglichst guten, auf der Liste der Parteien, nicht erhalten können. Die Wahlkreise sollen kleiner sein, die Kandidatenlisten kürzer sein, die Wahlkreise sollen auf die Städte und die kleinen Gemeinden, auf deren Wahl die Partei in erster Linie Wert legt, nicht möglich, auch nur alle Städte seines großen Wahlbezirks, geschweige denn das ganze Land aufzusuchen. Der Abgeordnete verliert die Fühlung mit einem großen Teil der Wählerschaft und die Kleinorganisation geht dabei zugrunde. Ein weiterer Schaden, unter dem alle Parteien gelitten haben, liegt darin, daß Interessensvertretungen einen Platz, und zwar einen möglichst guten, auf der Liste der Parteien, nicht erhalten können. Die Wahlkreise sollen kleiner sein, die Kandidatenlisten kürzer sein, die Wahlkreise sollen auf die Städte und die kleinen Gemeinden, auf deren Wahl die Partei in erster Linie Wert legt, nicht möglich, auch nur alle Städte seines großen Wahlbezirks, geschweige denn das ganze Land aufzusuchen. Der Abgeordnete verliert die Fühlung mit einem großen Teil der Wählerschaft und die Kleinorganisation geht dabei zugrunde. Ein weiterer Schaden, unter dem alle Parteien gelitten haben, liegt darin, daß Interessensvertretungen einen Platz, und zwar einen möglichst guten, auf der Liste der Parteien, nicht erhalten können.

welches, die Verschlechterung, vergrößern. Als Grund muß gelten, daß das Wahlgesetz für das Reich und für Preußen das gleiche ist. Auf der hier vorgeschlagenen Grundlage ist diese Ueberreifeinstimmung leicht zu erzielen. Die demokratische Fraktion des preussischen Landtages neigt einer solchen Lösung zu. Es wäre dringend erwünscht, wenn sich die einzelnen Parteiverbände im Band mit dieser Frage lebhafter als bisher beschäftigten und ihrerseits dazu beitrügen, die Erörterung in Fluß zu bringen. Erst wenn man weiß, wie sich die künftigen Wahlkreise und Wahlverbände abgrenzen, läßt sich eine feste Organisation begründen. Der Schwerezustand, wie er jetzt herrscht, hat für alle Beteiligten etwas Säugendes. Im Reichsministerium des Innern haben die Vorarbeiten für ein neues Wahlgesetz viel zu lange gedauert und müssen nun um so energischer in Angriff genommen werden. Je eifriger die Wählerschaft im Bande daran mitarbeitet, desto größer ist die Aussicht, etwas Besseres zustande zu bringen.

Der Kanzler über die finanzielle Erfüllung.

Eine Unterredung mit Dr. Brüning.

Reichskanzler Brüning erklärte dem Berliner Vertreter der Neuen Freien Presse in einer Unterredung folgendes: Staatsmänner und Presse der Entente haben in der letzten Zeit mehrfach ausgesprochen, daß die Erhaltung der Demokratie in Deutschland wünschenswert ist. Das läßt erkennen, daß sie die deutschen Verhältnisse richtig beurteilen. Das demokratische Deutschland, aus dem die gegenwärtige Regierung hervorgegangen ist, strebt einen ehrlichen und wirklichen Frieden an. Es ist um dieses Ziel wirklich zu arbeiten, bereit, schwere Opfer auf sich zu nehmen, aber unsere ehemaligen Gegner sollten auch ihrerseits alles tun, um an der Lösung einer Frage mitzuwirken, die vielleicht die gewaltigste ist, welche jemals ein Volk auf sich genommen hat. Das erste, was die Mächte der Entente tun müßten, wäre die Aufhebung der Sanktionen. Ich kann nicht begreifen, was sie bestimmt, diese Sanktionen aufrechtzuerhalten. Sie haben, seit Deutschland das Londoner Ultimatum angenommen hat, jede Berechtigung verloren. Deutschlands früherer Wille bedarf keiner Wiederholung. Die Sanktionen erschweren im Gegenteil das Erfüllungswort, behindern Handel und Verkehr und schaffen täglich neue Schwierigkeiten. Ich war selbst dieser Tage im Rheinland und habe mich davon überzeugt, wie dort das ganze Wirtschaftsleben unter den Sanktionen leidet. Eine Fabrik kann ihre Erzeugnisse nicht vom Markt auf das rechte Ufer schaffen, ohne daß Zollschranken zu passieren und komplizierte Manipulationen vorzunehmen sind. Die Sanktionen wirken wie eine Wunde am deutschen Wirtschaftskörper, deren Schmerz sich jeden Augenblick fühlbar macht. Wer Leistungen von der deutschen Arbeitskraft erwartet, darf nicht solche Wunden offenhalten. Ebenfalls ist es dringend nötig, daß die oberste politische Frage eine Lösung findet, welche den gerechten Ansprüchen, die sich auf das Ergebnis der Volksabstimmung gründen, gemäß ist. Die oberste politische Frage ist mehr als eine deutsche, sie ist eine europäische Herzensfrage.

Der Reichskanzler bemerkte weiter, daß die Regierung mit aller Kraft an der Fertigstellung der Steuerentwürfe arbeite. Die Steuerfrage tritt jetzt in ein kritisches Stadium, und ich habe bereits mehrmals in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die Goldwerte zur Besteuerung herangezogen werden sollen. Es sind umfassende Projekte ausgearbeitet worden, die wohl infolge von Indiskretionen vorzeitig in die Öffentlichkeit gelangt sind. Ich bedaure die Veröffentlichung; denn die Projekte bedeuten nur eine theoretische Vorarbeit. Der Beteiligung des Staates an der Industrie sehen starke Bedenken entgegen. Wie will der Staat seine Anteile an den industriellen Unternehmungen bewerten? Will er sie als Wiedererstattungszahlung der Entente übergeben oder soll er sich daraus einen Reservefonds in der Weise schaffen, daß der Staat, wenn er Geld braucht, seine Anteile an der Industrie veraußert? In beiden Fällen besteht die Gefahr, daß die staatlichen Anteile an der deutschen Industrie schließlich in die Hände unbekannter Ausländer geraten. Die Opposition würde nicht verschlen, gegen meine Regierung die Anklage zu erheben, daß sie die deutsche Industrie ans Ausland veräußert. Ferner muß die Regierung bei ihren weiteren notwendigen Maßnahmen darauf bedacht sein, die Industrie nicht in ihrem Lebensnerv zu treffen. Die deutsche Industrie ist dadurch groß geworden, daß sie die Gewinne, die sie in ihren Betrieben erzielt hat, immer wieder zum nicht geringen Teil in ihre Betriebe investiert hat. Man würde, wenn die Möglichkeit gegeben würde, dieses Verfahren auch in Zukunft fortführen. Ich sehe die Lösung der Frage der Besteuerung des Vermögens im allgemeinen und des Goldwerts insbesondere in der Usgestaltung des Reichsnotopfers. Am Reichsnotopfer kommt keine neue Steuererhebung vor. Es ist die große Steuerart der Weimarer Nationalversammlung. Sie muß wohl erhalten bleiben, aber es erscheint mir durchaus möglich, sie den geänderten Verhältnissen entsprechend umzugestalten. Das Gesetz über das Reichsnotopfer hat als Reichstag den 31. Dezember 1919 beschlossen. Seitdem ist

jedoch die Baluta erheblich zurückgegangen, und es erscheint mir vor allem nötig, den Staat zu befestigen. Außerdem steht das Gesetz bekanntlich die Zahlung des Reichsnotopfers in 30 Jahren vor. Es wird, um das Reichsnotopfer zur Erfüllung des Ultimatums heranzuziehen, unumgänglich sein, die Frist für die Zahlung dieser Vermögensabgabe zusammenzudrängen. Weitere Änderungen des Reichsnotopfers werden vorgenommen werden müssen. Die übrigen Steuerfragen dürften keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bereiten.

Deutscher Reichstag.

Die Montag-Sitzung des Reichstages hatte mit einer Ueberraschung geendet. In namentlicher Abstimmung war, da die Bände der beiden Parteien der Rechten überaus schwach besetzt waren, der Antrag mit 123 gegen 121 Stimmen abgelehnt worden. Ehe es zur Abstimmung gekommen war, hatte der Demokrat Koch dem Abg. Preitshardt gegenüber noch mit Nachdruck betont, daß die Fraktion in überwiegender Mehrheit von seher für die schwarz-weiße Fahne eingetreten sei. Wirkungslos hatte er die Meinung zurückgewiesen, als ob im Besonderen zur schwarz-rot-goldenen Fahne irgend etwas von antinationaler Gesinnung oder auch nur von nationaler Gleichgültigkeit liege. Sie sei geküßelt dadurch, daß unter ihr in Ketten monarchischer und partikularistischer Reaktion für Freiheit und Einheit gekämpft sei. Aber auch die Ueberlieferungen, die sich an die schwarz-weiße Fahne knüpfen, unter der Einheit der Nation erfüllt, der Aufstieg des Volkes erfolgt und unerhörte Opfermut bewiesen sei, sei in seiner Partei bedeutungsvoll. Sie habe es deshalb in ihrer überlegenen Mehrheit schon in der Nationalversammlung als unumgänglich angesehen, diese Fahne nach 50 Jahren in der Stunde der Not wieder aufzugeben. Die Erregung über die Abstimmung am Montag wirkte gestern in der Wandelhalle noch nach. Im Sitzungssaal selbst wurden mit großer Ruhe zunächst eine Reihe kleiner Anfragen erledigt. Auf Anfrage des Abg. Schulz-Drumberg muß die Regierung erklären, daß die Lage der deutschen Erdmündungen im ehemals deutschen Polen und Westpreußen in der Tat entsehrlich ist. Die Polen vertreiben sie nach allen bestehenden Verträgen von ihrem Besitz. Die Minister protestieren bei der Vorkonferenz in — national — ohne Erfolg geblieben. Nachdem Johann das Gesetz über die Geltungsdauer des Kapitalkontrahats — bis zum 1. Januar 1923 — auf in dritter Lesung angenommen worden ist, entfiel bei einem Nachtragsetat des Ministeriums des Innern der Unabdingbare Rosenfeld eine lang innerpolitische Debatte über den Belagerungszustand und den Fall Jagow. Der neue Reichsminister des Innern antwortete auf den Antrag in einer Form, die erkennen ließ, daß ihm an der Wahrung der inneren Gegensätze gelegen ist. Natürlich steht er auf dem Standpunkt, daß der Belagerungszustand ein Uebel ist, das möglichst schnell aus der Welt geschafft werden müsse, sobald eine parlamentarische Mehrheit und die Verhältnisse nicht wie bisher dagegen sprechen und solange die Landesregierungen nicht anderer Meinung sind. Die Rinde würde sicherlich sehr entrindet sein, wenn die Regierungen etwa gegen rechts bestehende Ausnahmebestimmungen aufstübe. Der Sozialdemokrat Müller, einem Fraktionsgenossen Gradnauer zur Hilfe, Rosenfeld habe es darauf angelegt, zwischen Minister und Fraktion Zwietracht zu säen. Minister Schiffer wehrte sich in Sachen Jagow durch Verlesung eines Haftbefehlgesetzes, dem vom Reichsgericht stattgegeben wurde. Auf der äußersten Linken erwiderte man auf die Verlesung mit härmlichem Gelächter und selbst der Graf Westphal lächelte. Dr. Rosenfeld tat sehr empört über diesen Stranzen, worauf Schiffer erneut betonte, daß es sich um Entscheidung des Reichsgerichts handele. Ein Antrag auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes wurde abgelehnt, der kritisiertes Nachtragsetat angenommen und um 8 Uhr vertagt.

Der Sturz Giolittis.

Der Sturz Giolittis hatte im italienischen Parlament nur eine knappe Mehrheit erhalten, wobei noch besonders beachtet werden mußte, daß die Minister und Staatssekretäre sich an dem Datum für die Regierung beteiligten. Da er mit einer derartig knappen Mehrheit nicht regieren kann, so hat er immerhin etwas Überraschendes, im Namen des Gesamtkabinetts seine Demission gegeben. Dieser Sturz des Kabinetts Giolitti ist allem Anschein nach nicht zurückzuführen auf innere Vorgänge, denn Giolitti hat als Premier getan was er tun konnte, um Italien einem Wiederaufbau entgegen zu führen, und um dem Lande die Beurlaubung zu verschaffen, die es braucht. Obgleich Italien zu den Siegerstaaten gehört, ist dort von einem Sieg nicht viel zu hören, und es war, von vornherein anzunehmen, daß Italien in seiner unglücklichen Lage, ganz gleich, ob es sich an die Seite der Entente oder an die der Mittelmächte stellte, die beiden und Kosten des Krieges zu tragen hat. Es ist auch in gewissem Sinne richtig, daß Giolitti, was seine Innenpolitik betraf, aus anderen Gründen nicht mehr die freie Hand hatte, die er zur Fortführung einer glücklichen Politik

offe
offe
le,
Juni
mit sein.
na.
rf
artikel
vertrieb.
I. 4218
lattes.
r;
58.
or)
ige